

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksachen 11/150, 11/199, 11/416 –

Entwurf eines Gesetzes über die sechzehnte Anpassung der Leistungen
nach dem Bundesversorgungsgesetz (Sechzehntes Anpassungsgesetz
– KOV – 16. AnpG-KOV)

Bericht der Abgeordneten Sieler (Amberg), Strube, Zywiets

Der Gesetzentwurf hat zum Ziel, die Anpassung der Versorgungsbezüge nach dem Bundesversorgungsgesetz entsprechend § 56 BVG um rd. 3,03 v. H. und des Bemessungsbetrages um 3,8 v. H. anzuheben. Die Anpassung soll zum 1. Juli 1987 wirksam werden und sieht auch eine entsprechende Erhöhung der Versorgungsbezüge der Kriegssopfer zum gleichen Zeitpunkt vor.

Der Gesetzentwurf führt zu Mehraufwendungen zu Lasten des Bundes, und zwar

1987	134 600 000 DM,
1988	258 000 000 DM,
1989	247 000 000 DM,
1990	236 000 000 DM,

bei fallender Tendenz für die Folgejahre.

Deckung dafür ist im Haushaltsplan des Bundes bei Kapitel 11 10 für 1987 vorhanden. Für die Folgejahre sind die Ausgaben in der Finanzplanung des Bundes bis 1990 berücksichtigt.

Der Gesetzentwurf ist mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung vorgelegten Beschlussempfehlung.

Bonn, den 3. Juni 1987

Der Haushaltsausschuß

Walther	Sieler (Amberg)	Strube	Zywiets
Vorsitzender	Berichterstatter		

